

NORMALISIERUNG

Normalisierung ist der historische Begriff für die Phase des staatssozialistischen Regimes in der Tschechoslowakei, die mit der Niederschlagung des Prager Frühlings am 21. August 1968 beginnt und mit der „Samtenen Revolution“ im Herbst des Jahres 1989 endet:¹ ein Euphemismus, der die Rückkehr zur „Normalität“ im Geist von „Vernunft“ und „Realismus“ nach der „Entartung“ und dem „Chaos“ der „Konterrevolution“ von 1968 meint. Die Physiognomie der Epoche ist mit wenigen Strichen gezeichnet: Restauration des bürokratischen Sozialismus und seiner zentraladministrativen Planwirtschaft, wo nötig mit der Schützenhilfe der „sozialistischen Bruderländer“ und durch verschärfte Repression; Ruhigstellung einer tief desillusionierten Bevölkerung durch Sozialleistungen und Konsum.

Die folgenden Überlegungen² gliedern sich wie folgt: Ausgehend vom tschechoslowakischen Phänotyp – und über ihn hinausgehend – soll ein der zeitgenössischen politisch-propagandistischen Konnotationen entkleideter, „neutraler“ historisch-sozialwissenschaftlicher Begriff von Normalisierung entwickelt werden, der sich mindestens auf die späte DDR des „Realsozialismus“ ab dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker (1971) übertragen lässt. Normalisierung ist also kein Eigenname, sondern Gattungsbegriff. „Realsozialismus“ und Normalisierung werden als wechselseitig austauschbare Epochenbezeichnungen gebraucht; die korrespondierenden Phänomene sind nicht identisch, aber familienähnlich. Normalisierung in der hier vorgeschlagenen weiterreichenden Bedeutung ist, nach dem „Aufbau des Sozialismus“ in den 1950er Jahren und den Reformen der 1960er Jahre, ein dritter Abschnitt in den „Biografien“ von ČSSR und DDR. Das ostdeutsche und das tschechoslowakische Normalisierungsregime verlassen zwar nicht den Boden der

¹ Der Begriff bezeichnet manchmal auch nur den relativ kurzen Zeitraum der Genese von Normalisierung um die Wende zu den 1970er Jahren. In diesem Text steht Normalisierung für die gesamte Epoche der Restauration bis zum Herbst 1989 und deren Strukturen.

² Diese zehren von: Boyer, Christoph: Stabilisierung durch Wandel. Institutionenevolution im Staatssozialismus. In: Bender, Gerd/Kiesow, Rainer Maria/Simon, Dieter (Hgg.): Das Europa der Diktaturen: Steuerung – Wirtschaft – Recht. Baden-Baden 2002, 119-139. – Ders.: Kommentar zum Referat von Peter Hübner „Norm, Normalität, Normalisierung: Quellen und Ziele eines gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsels im sowjetischen Block um 1970“. In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 28/29 (2003) 41-45. – Ders.: Der Beitrag der Sozialgeschichte zur Erforschung kommunistischer Systeme. In: Brenner, Christiane/Heumos, Peter (Hgg.): Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968. München 2005, 13-31 (BWT 27). – Ders.: Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze. In: Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hgg.): Arbeiter im Staatssozialismus – ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Köln 2005, 71-86.

Systeme sowjetischen Typs;³ insbesondere brechen sie nicht den für diese Systeme konstitutiven, systemimmanent nicht zu überwindenden Primat der Politik. Immerhin aber bereichern sie den Formen- und Variantenreichtum des Staatssozialismus durch eine bislang nicht gekannte Politik- und Gesellschaftsstrategie in Kombination mit einem neuartigen Typus von Gesellschaftsvertrag.⁴ Dieser eigentümlichen politisch-ökonomisch-sozialen Konfiguration ist ein systematischer Ort auf staatssozialistischen Entwicklungspfaden und im Prozess der Evolution staatssozialistischer Systeme zuzuweisen. Im Resümee weitet sich der Blick auf alternative Pfadvarianten und damit auf das umfassendere Forschungsprogramm „Sozialistische Entwicklungspfade“, zu dem Normalisierungsforschung als „Puppe in der Puppe“ gehört.

Normalisierung: zum Begriff

Die folgende Definition beansprucht nicht, das „wahre Wesen“ der Sache abzubilden; ein solches essentialistisches Unterfangen wäre im Grundsatz verfehlt. Der vorgeschlagene – idealtypische – Begriff ist lediglich eine nützliche Konvention: nützlich, weil er nicht nur klassifiziert und etikettiert, sondern sich zu einem Analyserahmen entfalten lässt, der Zusammenhänge erklärt; die Leistungskraft der Konstruktion ist am historischen Material zu erproben. Die Begriffsbestimmung beinhaltet vier Elemente, drei inhärente Strukturprobleme und eine hieraus resultierende typische Ablauftendenz:

³ Systeme sowjetischen Typs werden – idealtypisch – als Kombination der folgenden drei Elemente gefasst: a) Prinzipieller und unbedingter Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft: das – ungeachtet aller faktischen Begrenzungen – rechtlich nicht gebändigte Machtmonopol der marxistisch-leninistischen Staatspartei und des von ihr angeleiteten bürokratischen Gesamtapparats auf der Grundlage des Monopols ideologischer Gestaltungsmacht. Politik steuert ein Mega-Projekt politisch-sozial-ökonomischer Transformation, das die Arbeiterklasse ins Zentrum des gesellschaftlichen Gefüges rückt. b) Dominanz staatlichen und quasistaatlichen (gesellschaftlichen, pseudogenossenschaftlichen) Eigentums; tendenzielle Beseitigung autonomer Akteure auf dem Markt; bürokratische (vertikale, hierarchische) Koordinierung der Wirtschaft durch umfassende zentrale Planung physischer Größen der industriellen Bruttoproduktion. c) Forcierte industrielle Wachstumspolitik mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Klassisch-staatssozialistisches industrielles Wachstum ist extensiv: Es überspannt Ressourcen und Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Kosten und produziert mit hoher Wahrscheinlichkeit Mangelkrisen in Permanenz. Dies in Anlehnung an die klassische Darstellung in Kornai, János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus. Baden-Baden 1995, 35–428.

⁴ Sollte Normalisierung als „Paradigmenwechsel“ bezeichnet werden? Hiergegen sprechen m. E. zwei Argumente: Der Paradigmenbegriff hat im Laufe der jahrzehntelangen Diskussion im Anschluss an Thomas Kuhn an Präzision eher verloren. Wird der Paradigmenbegriff aber doch weiterverwendet, so wäre er besser für „Groß-Formationen“ à la „Staatssozialismus sowjetischen Typs“ zu reservieren. Paradigma wäre u. a. etwa auch die keynesianisch-wohlfahrtsstaatlich überformte Marktwirtschaft in Kombination mit politischer Demokratie und Rechtsstaat. Transformationen solcher „Gesellschaftsmodelle“ (Volker Bornschieer) in andere wären „Paradigmenwechsel“ (Systemtransformationen) und von kleiner kalibrierten – systemimmanenten – Umbauten – wie etwa „Normalisierungen“ – zu unterscheiden.

1. Vier Elemente: a) Rezentralisierung und Rehierarchisierung: Rehabilitierung des Primats der Parteiherrschaft und der zentraladministrativen Planwirtschaft. Normalisierung ist Restauration: Sie folgte auf Ulbrichts Wirtschaftsreformen und die im Prager Frühling kulminierende tschechoslowakische Reformbewegung. In beiden Fällen überwogen – aus der Sicht der Staatsparteien – die politischen Kosten einer Liberalisierung letztlich den allfälligen ökonomischen Nutzen; die Reformprojekte drohten eine dysfunktionale, die Parteiherrschaft sprengende Eigendynamik zu entwickeln. In der DDR wurde die von der Reform verursachte ökonomische Krise, politisch funktionalisiert, 1971 zum Movens des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker. War dieser das Ergebnis eines internen Machtkampfs hinter den Kulissen unter den wachsamen Augen der sowjetischen Führung, so wurde der Prager Frühling 1968/1969 durch die militärische Intervention des Hegemons – mit Unterstützung einheimischer Helfershelfer – liquidiert. Ungeachtet unterschiedlicher ereignisgeschichtlicher Oberflächen waren die Phasenübergänge tiefenstrukturell äquivalent: Beide Male war das Scheitern der Reform nicht unausweichlich, aber von massiver Folgerichtigkeit, d. h. auf den letztlich nicht zu brechenden Primat der Parteiherrschaft zurückzuführen.

Strukturell äquivalent war im Grundsatz auch die Folgestrategie: Im Übergang von Ulbricht zu Honecker wurde in der DDR die administrativ gesteuerte Mengplanung in Kombination mit politischen Preisen bei stark eingeschränkten Entscheidungsspielräumen der Betriebe wiederhergestellt. Umbauten und Weiterentwicklungen des Lenkungsinstrumentariums in den folgenden Jahren bewegten sich in diesem Rahmen; dass partiell Elemente des Neuen Ökonomischen Systems fruchtbar gemacht wurden, änderte wenig am Gesamtbild einer Erschöpfung des ordnungspolitischen Repertoires. Ähnlich waren in der Tschechoslowakei der 1970er und 1980er Jahre kleinere Innovationen im Geiste der 1960er Jahre zu verzeichnen: Auf's Ganze gesehen wurde auch hier eine der Honeckerschen ähnelnde ordnungspolitische Orthodoxie installiert.

b) Sozial- und Konsumpolitik⁵ gewannen – als Strategie materieller Pazifizierung – zentrale strategische Bedeutung für die Restabilisierung der Parteiherrschaft. Sozialpolitik war in beiden Ländern in pragmatischer Absicht schon seit jeher betrieben worden. Erst in den 1960er Jahren aber war sie, im Kontext der Reform und mit dem Schwinden des Vertrauens in den Planmechanismus als Remedur aller neuen und alten sozialen Probleme, „neu erfunden“ und zum eigenständigen Politikbereich „sozialistische Sozialpolitik“ aufgewertet worden. Nun stellte die auf dem VIII. Parteitag der SED (1971) proklamierte „Hauptaufgabe“ des neuen Fünfjahrplans, wenige Jahre später auf dem IX. Parteitag als „Einheit von Wirtschafts-

⁵ Sozialistische Sozialpolitik ist, in einem über das „westliche“ Verständnis des Begriffs „Sozialpolitik“ weit hinausreichenden Sinn, nicht nur das Ensemble von Lebenslagen- und Risikovorsorgepolitiken; sie umfasst auch die Gesamtheit politisch veranlasster und gesteuerter Vorkehrungen für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen. In Nichtmarktsystemen sowjetischen Typs fallen sämtliche Fragen der Sicherung des Individuums und seiner Versorgung mit materiellen Gütern in die Zuständigkeit des Parteistaats. Dies begründet die Einheit von sozialen und konsumfördernden Maßnahmen.

und Sozialpolitik“ kanonisiert und, ungeachtet aller Umbauten im Detail, Fundament des Systems bis 1989, mit einem umfangreichen sozial- und konsumpolitischen Programm weitaus deutlicher noch als vordem die „Bedürfnisse der Menschen“ ins Zentrum. Hochgespannte Erwartungen richteten sich auf die in einem umfangreichen sozial- und konsumpolitischen Programm angekündigten Sofortmaßnahmen: Lohn- und Prämienerrhöhungen, Steigerung der Konsumgüter- und der Ersatzteilproduktion, Ausweitung des Wohnungsbaus, Subventionierung des Grundbedarfs, stabile Mieten, Nahverkehrstarife und Preise zumindest einfacher Güter. Die „Hauptaufgabe“ intensivierte die Gesundheits-, Jugend- und Frauenpolitik und plante Verbesserungen im Rentenrecht. In der ČSSR legte der Plan für 1970 das Schwergewicht auf die Konsumgüterproduktion und sah zusätzliche Konsumgüterimporte vor. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre überstieg zum ersten Mal seit 1948 das Wachstumstempo der Konsumgüterproduktion das im Investitionsgütersektor. Robuste Wachstumsraten ermöglichten respektable Zuwächse bei Einkommen, individuellem wie gesellschaftlichem Verbrauch. Mitte der 1970er Jahre war der Lebensstandard gegenüber 1960 beträchtlich gestiegen; die ČSSR nahm neben der DDR den Spitzenplatz im Ostblock ein.

Die Strategie der materiellen Pazifizierung wurde nun zum zentralen Stabilisator und, anstelle der Ideologie, zur legitimatorischen Hauptstütze der Parteiherrschaft. Versorgung der Bevölkerung als obrigkeitlicher Akt stand unmittelbar im Dienst politischer Macht; charakteristisch war die Präponderanz der von den real existierenden Verteilungsspielräumen abgekoppelten Garantie „sozialer Sicherheit“ und „stabiler Versorgung“. Hatte der Reformgeist der 1960er Jahre in beiden Ländern soziale Ungleichheit als Stimulans ex ante zumindest billigend in Kauf genommen, in der Hoffnung auf eine Einebnung der Unterschiede ex post, so leistete die Parole der „formalen Gleichheit“ einer sozialen Einebnung der Gesellschaft und einer Abkopplung der in die Fläche ausgeweiteten, nivellierenden und homogenisierenden „konsumeristischen Strategie“ von der Ökonomie und ihrer direkten Anknüpfung an die Politik Vorschub.

c) Die Konsumstrategie konterkarierte und kompensierte den Bedeutungsverlust der Ideologie und ihre Entleerung von utopischen Inhalten. Mit der Erschöpfung der Reformoption verflachte das „Projekt Sozialismus“ zu einer Kollektion sozialpolitischer Topoi; Sicherheit, Geborgenheit und Wohlfahrt wurden nun zur Essenz eines „Sozialismus“, der endgültig die Konsumstandards der westlichen Wohlstandsgesellschaft als Referenzgröße akzeptierte. Die Abläufe variierten im Detail, nicht im Grundsatz: Die DDR glitt in einer Art Aufbruchsstimmung in die Honeckerzeit hinüber; die Auszehrung in der Folgezeit verlief eher schleichend. In der ČSSR hingegen mündete die moralische Diskreditierung von Ideologie und Regime in der Folge der Invasion in eine von Apathie, Eskapismus und Privatismus gekennzeichnete gravierende Gesellschaftskrise. Der neue Gesellschaftsvertrag zwischen Führung und Volk beinhaltete den Austausch materieller Leistungen und sozialer Sicherheit gegen zumindest äußerliches Wohlverhalten, über eine tiefe Kluft zwischen Führung und Volk hinweg.

d) Mit „weicher Stabilisierung“ durch Sozial- und Konsumpolitik korrespondierte eine zunehmende, zumindest partielle Aufweichung auch der „harten Stabilisatoren“ Polizei, politische Justiz und Staatssicherheit. Die Kontrollapparate wuchsen in gigantische Dimensionen; sie penetrierten die Gesellschaften in einem qualitativ neuen Ausmaß. Die – gemessen am offenen Terror der Aufbauphase und abgesehen von einer Welle offener Repression in der ČSSR in der unmittelbaren Folge der Invasion von 1968 – „geräuschärmere“, aber technisch effektiverte, tendenziell flächendeckende Repression nahm präventiv-sozialplanerische Züge an; physischer und psychischer Druck verschwammen mit „Fürsorge“ und „Überzeugungsarbeit“. Eine Rücknahme des prinzipiell unbegrenzten Herrschaftsanspruchs der Partei war aus dieser taktischen Flexibilisierung der Instrumente nicht zu folgern.

2. Drei Strukturprobleme: Normalisierungsregime reetablieren nach Reformären den Primat hierarchischer Steuerung. Macht begegnet der Gesellschaft nun als „aufgeweichte Repression“ bzw. als „Wohlstandsgewährung durch obrigkeitlichen Akt“, wobei beide Phänomene tendenziell flächendeckend auftreten. Folge des Rückfalls in zentrale Machtsteuerung ist allerdings die Schwächung der Macht. In diesem Sinne könnte man von dem „Normalisierungs-Paradox“ sprechen:

a) Marktgesellschaften vermitteln Teilnahme am Konsum zumindest partiell über das „eigennütze“ „Subsystem Wirtschaft“, nach Maßgabe von Marktposition bzw. Marktchancen des Individuums; sie entlasten so die Politik von faktischen Ansprüchen und legitimatorischen Anmutungen. In Nichtmarktsystemen sowjetischen Typs hingegen sind alle Versorgungsfragen – sozialer wie privater Konsum – zentrale Leistungsbereiche des Parteistaats. Dessen Angreifbarkeit resultierte aus der funktionalen Überbürdung und legitimatorischen Überfrachtung des im Zuge der Normalisierung wieder allzuständig gewordenen Steuerungszentrums mit den materiellen Erwartungen der Herrschaftsunterworfenen, die sich in der Spirale von Erfüllung und neuen Ansprüchen hochschaukelten. Bezeichnenderweise horchten die Regime ängstlich auf die Forderungen der Bürger; Indiz war das ausufernde Eingabewesen. Eingaben waren prima facie ein Instrument des Obrigkeitsstaates; faktisch waren sie Zeichen seiner Defensivhaltung.

b) Reaktive Sozial- und Konsumpolitik entzog sich tendenziell dem planerischen Zugriff. Sie erhielt stattdessen einen Anstrich von Zufälligkeit: In der Konsequenz des Eingabewesens lag eine Kasuistik materieller Ausreichungen. Systemwidrige quasi-marktförmige Lohnverhandlungen und -konzessionen hatten in staatssozialistischen Ökonomien seit jeher eine Lohndrift begünstigt, die dem Ungleichgewicht der Geld- und der Güterseite der Volkswirtschaft Vorschub leistete; solche Tendenzen dürften sich im Kontext der Normalisierung verstärkt haben. Eingaben urgieren – ein weiteres Beispiel – Einzelfallregelungen; entschieden wurde nach Maßgabe der Verhandlungsmacht der Petenten. Zwar macht komplexe sozialstaatliche Regulierung überall, d.h. systemindifferent, einen Schwarm lediglich begrenzt normierbarer Einzeleingriffe erforderlich; diese stellen Ermessensentscheidungen dar. Einer solchen, steuerungstechnisch vermutlich unabdingbaren, aber Planung systematisch konterkarierenden „Aufweichung“ der Normbindung sozialstaat-

lichen Verwaltungshandelns ist im Rechtsstaat – aber nur in diesem – eine Schranke gesetzt: in Gestalt der Grundrechte, der aus der *ratio legislatoris* folgenden Grenzen von Ermessensermächtigungen sowie durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel; diese Kautelen fehlen in Systemen des sowjetischen Typs.

c) Vorwiegend reaktiv war das Verhalten der Normalisierungsregime nicht nur angesichts des inneren, sondern auch des äußeren Problemdrucks. Charakteristisch war hier der weitgehende Verzicht auf produktive und innovative „Umweltbearbeitung“; an deren Stelle traten zunehmende Abhängigkeit der Systeme von ihrer Umgebung und ihre Penetrierung von außen:

Die Hegemonialmacht war, zum ersten, Geburtshelfer und Garant der Normalisierung: sei es, wie 1968 in Prag, durch direkte Intervention, sei es, wie im Fall der DDR 1970/1971, durch „teilnehmende Beobachtung“ des Machtwechsels. In keinem Fall bewerkstelligten die Normalisierungsregime die Normalisierung aus eigener Kraft. Die einheimischen Ressourcen und die Leistungskraft der rezentralisierten, wieder am Gängelband der Partei geführten Planwirtschaften waren, zum zweiten, durch die „Hauptaufgabe“ der Sozial- und Konsumpolitik überfordert. Folge dieser systemischen Spannung zwischen Bedarf und Leistungsvermögen war die strukturelle Neigung zum Ressourcenimport und damit die hohe Wahrscheinlichkeit außenwirtschaftlicher und damit außenpolitischer Abhängigkeit. Der Anstieg des Lebensstandards in der ČSSR in der ersten Hälfte der 1970er Jahre fand bei bestenfalls stagnierender Produktivitätsentwicklung statt; er war, sieht man von den vorhandenen Reserven und zunächst weiterwirkenden Impulsen der Reformzeit ab, der sowjetischen Wirtschaftshilfe durch direkte monetäre bzw. Gütertransfers, vermutlich auch durch eine Herabsetzung militärischer Verpflichtungen im Warschauer Pakt bzw. der Handelsverpflichtungen an die Blockländer geschuldet. Solche Subventionen waren allerdings zeitlich begrenzt; bereits gegen Ende der 1970er Jahre sank der Lebensstandard dort, wo eine Kompensation aus der Schattenwirtschaft nicht möglich war, spürbar. Die enge ökonomische und politische Bindung der ČSSR an die Sowjetunion reduzierte längerfristig gravierend Modernisierungskapazitäten und Handlungsspielräume und zeichnete den Weg in die Unterentwicklung vor. Auslandskredite versetzten die DDR in die Lage, den konsumpolitischen Kurs durchzuhalten; die in den 1970er und 1980er Jahren rapide anwachsende Westverschuldung führte das Land allerdings an die Grenze der internationalen Kreditwürdigkeit.

Die in beiden Normalisierungsregimen strukturell identischen, lediglich unterschiedlich „gelösten“ Probleme der Ressourcenaufbringung wurden durch exogene kontingente⁶ Umstände – die Ost-West-Konkurrenz sowie die rapide Verschlechterung der *Terms of Trade* in den Handelsbeziehungen zur UdSSR und die steigenden Preise für Rohstoffe und Energie auf den Weltmärkten – verschärft. Diese Herausforderungen gewannen Brisanz allerdings erst in Kombination mit der mangelnden endogenen Fähigkeit zu ihrer wirksamen Bearbeitung. Indizien der Erschöpfung des systemisch gegebenen Problemlösungsrepertoires war die „Be-

⁶ „Kontingent“ heißt weder (system-)notwendig noch unmöglich.

kämpfung“ der Dauerkrise der Ökonomie – leistungsfeindliche Lohnstruktur, verzerrte Preise, unbefriedigende Produktivitäts- und Innovationsentwicklung, schlechte Produktqualität, laxe Arbeitsdisziplin, horrende Umweltverschmutzung – mittels bürokratischer „Straffung“ und moralischer Appelle, durch Beschwörung der Staats- und Plandisziplin und leerformelhafte Aufforderungen zur Verbesserung von Organisation und Leitungstätigkeit.

3. Die Ablauflogik: Normalisierung war – ungeachtet der durch Wachstumserfolge und rege sozialgesetzgeberische Aktivitäten markierten, relativ liberalen und bewegten Instituierungsphase – wesentlich restaurativ. Weil ihre *raison d'être* die Sicherung der Parteimacht war und deren Regulierungsanspruch umfassend blieb, mündete Normalisierung in die Erstarrung der – äußerlich kaum angefochtenen – Strukturen, in „non-decision“, in die zunehmende Auszehrung materieller und symbolischer Ressourcen und die Erschöpfung der – durch den Primat der Politik ohnehin eng begrenzten – Lern- und Entwicklungspotentiale. Antwort auf die institutionelle Ultrastabilität des Parteistaats und seinen bis fast zur finalen Implosion kaum offen in Frage gestellten Anspruch auf Kontrolle war politische Apathie: die apolitische Privatheit einer Gesellschaft, die für die „chata“, das kleine Häuschen auf dem Land, und das Wochenende lebte. Manifeste Opposition war ein Nischenphänomen; die innere Abkehr breiter Kreise der Bevölkerung vom Sozialismus, seine Aushöhlung und die Ausbildung eines zivilgesellschaftlichen Habitus verliefen bis kurz vor dem Zusammenbruch subkutan. Offene Opposition war lediglich an der entfernten Peripherie der Gesellschaft zu finden.

Normalisierung und Realsozialismus waren für begrenzte Zeit erfolgreiche Stabilisierungsstrategien; in der Langzeitperspektive erwiesen sie sich als Sackgassen der Evolution; sie steuerten keineswegs zwangsläufig, jedoch mit hoher Untergangswahrscheinlichkeit auf den – dann vergleichsweise abrupten – Zusammenbruch zu.⁷ Der Ausweg aus der Strukturfalle, in der die Normalisierungsregime sich objektiv von Anfang an befanden, wurde folgerichtig in der „friedlichen Revolution“ bzw. der „sametová revoluce“ von 1989/1990, also in der Systemtransformation, nicht in einem neuen Anlauf zu immanent-sozialistischen Reformen gesucht.

Normalisierung, Entwicklungspfade und Systemevolution

1. Normalisierungsforschung impliziert einen Perspektivenwechsel: Häufig sind die „großen Interpretationen“ des Staatssozialismus Etikettierungen oder statische Wesenszuschreibungen: „moderne Diktatur“, „totalitäre Diktatur“, „Fürsorge-diktatur“. Normalisierungsforschung ergänzt solche Interpretamente durch die historisch-genetische Sicht. Generell gilt: Systeme sowjetischen Typs sind nicht „gefangen“ im stabilen Gleichgewicht; sie sind nicht Fehlkonstruktionen ex tunc mit einer notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte, sondern

⁷ Die Verschlingung der geschilderten „Untergangsdispositionen“ mit den kontingenten Anstößen in der finalen Krise im Sommer und Herbst 1989 ist nicht mehr Gegenstand dieser Überlegungen. Vgl. hierzu etwa die luziden Analysen in Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hgg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999.

soziale und politische Gebilde mit gewissen Möglichkeiten der Überlebenssicherung durch Wandel. Auch Normalisierungsregime sind Ausdruck dieser Fähigkeit staatssozialistischer Systeme, sich, wenn auch innerhalb enger, vom Primat der Politik markierter Grenzen durch „neu erfundene“ Steuerungsarrangements umzubauen und für gewisse Zeitspannen zu stabilisieren.

2. Der Wechsel von den Reform-Ären zur normalisierungstypischen Kombination von „Restauration“ und „Konsum“ verlief tastend; keineswegs war er in voller Tragweite vorab intendiert, ex ante geplant und durch abgerundete, auf Kompatibilität mit der Ökonomie durchgerechnete Programme gesteuert.⁸ Erst allmählich – womöglich überhaupt nur in der ex post-Perspektive erkennbar – gewannen Normalisierung und „Realsozialismus“ als institutionelle Arrangements eigener Art Kontur.

3. Eine allein auf „Programmsteuerung“ abhebende Erklärung des Übergangs griffe deshalb zu kurz. Mögliche weitere Ursachen wären Macht- und sonstige Interessen von Bürokratien und Einzelpersonen, allgemeiner: die habituellen bzw. Milieuprägungen und die Wertesysteme der Akteure inklusive generationelle Dispositionen. Diesem handlungstheoretischen Zugang steht die systemtheoretische Sichtweise gegenüber. Sie hebt ab auf die Strukturen, „Entwicklungsbedürfnisse“, -eigenheiten und -potentiale sozialistischer Systeme, auf Systemkrisen und die Versuche, diese zu bewältigen.

4. Angeraten erscheint ein umfassenderes, „System“ und „Akteure“ vermittelndes und integrierendes evolutionstheoretisch inspiriertes⁹ Erklärungsmodell. Dieses lässt sich wie folgt explizieren:

a) Prinzipieller Defekt des „genetischen Programms“ (János Kornai) staatssozialistischer Systeme ist der aus dem Primat der Politik herrührende prinzipiell unbegrenzte Kontrollanspruch der Staatspartei. Faktisch sind Systeme sowjetischen Typs zwar vielfältigen, aus unterschiedlichen Quellen entspringenden Handlungsbeschränkungen unterworfen; Grundwiderspruch ist trotzdem der zwischen dem schrankenlosen Machtwillen des Herrschaftszentrums und einer Gesellschaft, die ohne funktionale Differenzierung und ein gewisses Maß an Partizipation nicht auf Dauer effizient bzw. überhaupt lebensfähig ist. Konsequenz von Überregulierung und Überzentralisierung sind Effizienz- und Produktivitätsdefizite, Wachstums-

⁸ Vgl. Skyba, Peter: Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive. In: Boyer, Christoph/Skyba, Peter (Hgg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Restabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Dresden 1999, 49-62.

⁹ Aus der Vielzahl einschlägiger Titel: Bühl, Walter L.: Sozialer Wandel im Ungleichgewicht. Zyklen, Fluktuationen, Katastrophen. Stuttgart 1990, 149-178. – Giesen, Bernhard/Junge, Kay: Strukturelle Evolution. In: Preyer, Gerhard (Hg.): Strukturelle Evolution und das Weltssystem. Theorie, Sozialstruktur und evolutionäre Entwicklungen. Frankfurt/M. 1998, 47-70. – Schmidt, Michael: Soziologische Evolutionstheorien. In: ebenda 387-411. – Müller-Benedict, Volker: Chaos und Selbstorganisation: Neue theoretische Ansätze in den Sozialwissenschaften. In: Historical Social Research 21 (1996) H. 1, 26-93.

schwäche und technologischer Rückstand, markante sektorale Disproportionen und die Vernachlässigung von Infrastrukturen und Konsum.

b) Systeme sowjetischen Typs befinden sich deshalb in einer eigentlich permanenten Legitimitäts- und Stabilitätskrise. Krisen setzen restabilisierende Anpassungsprozesse in Gang: den Wandel von Systemeigenschaften, bei Wahrung des Identitätskerns. Aktivitäten mit dem Ziel der Adaptation staatssozialistischer Systeme sollen „sozialistische Reformen“ heißen.¹⁰ Ihr Leitmotiv und Generalthema ist die Effizienz und Wachstum steigernde Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen. Regulierungsumfang und -dichte werden reduziert; die Gewichte verlagern sich von direkter zu indirekter Regulierung.

c) Sozialistische Reformen mildern die Befehlswirtschaft. Sie lockern die zentralistisch-bürokratische Plandisziplin, transzendieren aber per definitionem nicht den Systemrahmen. Ihre Reichweite ist durch die womöglich geschwächte, in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkte, im Prinzip jedoch ungebrochene Parteimacht limitiert. Konzeptualisiert man Reformen in den Kategorien der Evolutionstheorie als Mutationen, d. h. als im System erzeugte responses auf Steuerungsprobleme, so misslingt mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Retention, d. h. der dauerhafte Einbau in den Systemmechanismus: Reformen werden wieder „ausgeschieden“, weil sie den Primat der Politik gefährden. Staatssozialistische Entwicklungspfade (Trajektorien) – die Summe an die Grenzen der Parteimacht stoßender Reformanläufe – bewegen sich deshalb in einem vergleichsweise schmalen Korridor, innerhalb relativ enger, von der Macht vorgegebener Grenzen.

d) Nach der Erschöpfung der Reformoption mündeten der ostdeutsche und der tschechoslowakische Entwicklungspfad in Normalisierung/Realsozialismus als ein mit der Anfangsprogrammierung von Systemen sowjetischen Typs kompatibles Stabilisierungsarrangement. Andererseits war Normalisierung auch nicht simple Regression: „Bewährte“, zumindest bekannte Programme, nämlich „Zentralismus“ und „hierarchische Steuerung“ verbanden sich mit einer Lernleistung der Reformzeit – der „Erfindung“ von Sozial- und Konsumpolitik – zu einer Konfiguration sui generis. Auch diese war Resultat von Evolution – allerdings, wie oben beschrieben, nicht im Sinne der Entwicklung dauerhaft leistungsfähigerer Institutionengefüge. Generell beinhaltet soziale Evolution nicht unbedingt die produktive Entfaltung zukunftsweisender Muster; bei gegebener systemisch restringierter Lernfähigkeit führt sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Gesellschaften mit verengten Horizonten und eingeschränkten Optionen.

e) Normalisierung war nach dem Abbruch der Reformen allerdings nur eine unter mehreren denkmöglichen Entwicklungsvarianten. Generell sind Evolutionsprozesse dadurch charakterisiert, dass an Furkationen (Gabelungspunkten) für ein Problem in der Regel mehrere systemkompatible überlebenssichernde Lösungen existieren.

¹⁰ Vgl. aus der umfangreichen Literatur zur sozialistischen Reform die klassische Darstellung in Kornáti: Sozialistisches System 431–650. (vgl. Anm. 3).

Eine solche wäre etwa auch eine auf die Reformkrise folgende Restabilisierung der Parteiherrschaft durch die nackte Macht der Bajonette gewesen; vor dem Hintergrund der Prägungen der bürokratischen Kader – einer Führungsriege, für die die einmal errungene Macht der Arbeiterklasse das unbedingte Prius besaß – hätte diese Entscheidung eine gewisse Plausibilität besessen. Ebendies trifft zu auf die „chinesische Variante“ – Deregulierung der Wirtschaft und Rückzug der Partei auf das Terrain der Politik – bzw. auf das „russische Modell“: Überleben der „Nomenklatura“ mittels Transformation in eine neue Kapitalistenklasse und individuelle Aneignung der „volkseigenen Wirtschaft“ durch diese unter dem Deckmantel der „Privatisierung“.

Zusätzliche Determinanten steuern also die Auswahl aus dem Set prinzipiell verfügbarer Lösungen. Hier kommen schließlich die Akteure – Personen, Interessengruppen – ins Spiel. Die systemtheoretische Perspektive, die auf ex post erkennbare, scheinbar durch die „invisible hand“ bewirkte Anpassungsvorgänge fokussiert, ist handlungstheoretisch zu ergänzen: Faktisch wird die Auswahl aus dem Pool systemverträglicher Optionen so und nicht anders getroffen, weil die gewählte Variante den – machtbewehrten, womöglich im Machtkampf erst durchgesetzten – Interessen bestimmter Personen bzw. Gruppen entspricht und in deren Denkhorizont nahe liegend erscheint. Eine zentrale Determinante des Übergangs zu Normalisierung/ Realsozialismus dürften die materiellen Interessen der Bevölkerung gewesen sein: in erster Linie der Trade-Unionismus einer eher im Ausnahme- als im Regelfall klassenbewussten Arbeiterschaft; auf deren nüchternen Realismus – der großartige Verheißungen seit jeher in Mark und Pfennig bzw. Krone und Heller umzurechnen gewohnt war – „passte“ die Sozial- und Konsumpolitik der Normalisierung. Nicht zuletzt kam diese aber auch den Machtinteressen der Nomenklatura entgegen; sie lag in deren lebensgeschichtlich geprägtem Werte- und Problemlösungshorizont.¹¹ In der *longue durée* hatten die entwickelten Industriegesellschaften in Ostdeutschland bzw. in Böhmen und Mähren ähnliche Grundvoraussetzungen geschaffen: In beiden Ländern existierte, auf der Basis alter industrieller Traditionen und eines hohen industriegesellschaftlichen Entwicklungsniveaus, eine aus dem Ideenfundus bürgerlicher und sozialistischer Sozialreform gespeiste sozialstaatliche Tradition. Sozialpolitik agierte in beiden Ländern vor dem Hintergrund einer im internationalen Vergleich hohen Neigung zu staatlicher Intervention: einer Kontinuität bürokratischer Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, deren Wurzeln bis zur aufgeklärt-absolutistischen Monarchie der Hohenzollern bzw. der Habsburger zurückreichen und die durch die traumatische Erfahrung der Weltwirtschaftskrise intensiviert worden war.

¹¹ *Erinnert sei an Erich Honeckers bekanntes – hier sinngemäß wiedergegebenes – Diktum vom Sozialismus als Erfüllung der materiellen Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Wohnung). Zweifellos war die Sozial- und Konsumpolitik der Normalisierung eine Strategie der Machtsicherung; die Bemühungen der politischen Spitze um eine bessere „Sozialverträglichkeit“ des Staatssozialismus durch Hebung der „Arbeits- und Lebensverhältnisse der Werktätigen“ waren aber durchaus mehr als zynisch-macchiavellistische Fassadenmalerei.*

5. Die Systemlogik gewinnt Erklärungskraft also erst in Kombination mit den Interessen, Zielen und Prägungen der Akteure. Alle diese Umstände – etwa die durch Kaderpolitik produzierte „Kaderlogik“ – mögen partiell wieder durch das System präformiert sein.¹² Teilweise sind sie aber auch systemextern, d. h. historisch zufällig, singular und spezifisch. Systemisch gesteuerte Trajektorien werden so durch kontingente Einflüsse – in erster Linie die Akteure – in „familienähnliche“ abgewandelt.

Auf die an der Oberfläche unterschiedlichen, in der Tiefenstruktur äquivalenten Übergänge beider Länder von der Reform in die Normalisierung wurde bereits verwiesen. Unterschiedlich waren auch die „Amplituden“ des Übergangs: Die Reformen der DDR waren obrigkeitliche Veranstaltungen gewesen; sie fokussierten auf die Wirtschaft, die Reformziele waren eng. Die Politik blieb ausgespart, die „Systemfrage“ wurde nicht gestellt. Objektbereich der tschechoslowakischen Reformen war zunächst die Wirtschaft, dann aber vorrangig die Politik; die Fundamente des Systems standen am Ende in Frage. Auf den hochgespannten Reformelan des Prager Frühlings folgte der abgrundtiefe Fall von 1968/1969, während die DDR, nach vergleichsweise bescheidenen Reformen, behutsamer in den „Realsozialismus“ hinüberglitt. Zur Erklärung der unterschiedlichen „Fallhöhen“ sind unterschiedliche – kontingente – Akteurskonstellationen heranzuziehen:

a) Zum einen ist damit das relative Gewicht von Parteimacht und gesellschaftlicher Gegenmacht und die Interaktion beider gemeint. In der DDR waren die Beziehungen zwischen Parteimacht und Gesellschaft vergleichsweise schwach konfliktuös. Zwar war der ostdeutsche „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu einem beträchtlichen Ausmaß ein Propagandaphänomen: eine in legitimatorischer Absicht permanent inszenierte und vorgegaukelte künstliche Wirklichkeit. Zu einem gewissen Teil aber war er doch die Realisierung der Sehnsüchte und Ziele der deutschen Arbeiterbewegung.¹³ Das – ungeachtet aller Dekomposition und Erosion im Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und danach – leidlich intakte und kompakte, traditionsorientierte und -gesättigte Facharbeitermilieu mit enger Betriebsbindung hatte aufgehört, eine oppositionelle Kraft zu bilden, seit seine Funktionäre an die Macht gelangt waren und die Arbeiterschaft zur privilegierten Staatsklasse geworden war. Bis zum Mauerbau floss beträchtliches Unruhepotential nach Westen ab. Weit verbreitet war ein knurriges Sich-Anbequemen, nach 1961 auch ein gewisser Fatalismus der Eingemauerten; Nährboden eines dezidierten politischen Veränderungswillens war diese Haltung nicht. Ulbrichts Reformen antworteten auf krisenhafte Funktionsstörungen in der Manier des Aufgeklärten Absolutismus; 1971 wurde dann die kurzzeitig destabilisierte Macht der Bürokratie ohne größere Turbulenzen restauriert. War die Autonomie von Gesellschaft in der DDR von Anbeginn schwach gewesen, so wurde

¹² Aus der inzwischen umfangreichen Forschung zum Habitus sozialistischer Eliten: *Bauerkämper, Arnd/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter/Ross, Sabine* (Hgg.): *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*. Berlin 1997. – *Hübner, Peter* (Hg.): *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*. Köln, Weimar, Wien 1999.

¹³ *Ders.*: Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR. In: *Bohemia* 42 (2001) H.2, 220-243.

sie nach dem 17. Juni zur *quantité négligeable*; oppositionelle Anwendungen verschwanden in den Nischen der Nischengesellschaft, „Meckerei“ beschwichtigte der „Realsozialismus“ zwei Jahrzehnte lang leidlich erfolgreich durch Konsum.

Auch im alten Industrieland Tschechoslowakei existierten eine starke autochthone Arbeiterklasse und eine traditionsreiche Arbeiterbewegung.¹⁴ Allerdings waren die tschechoslowakischen Arbeiter tiefer als die ostdeutschen in lokalen und betrieblichen Traditionen verwurzelt. Weil aus diesem genossenschaftlich gefärbten „Sozialismus des kleinen Mannes“ eine quasi natürliche Resistenz gegen die sozialistische Zentralmacht und die Anmutungen der zentralen Planung erwuchs, war die tschechoslowakische Arbeiterklasse in sehr viel geringerem Maße als die der DDR tragende Säule des „proletarischen Staates“; vielmehr verharnte sie in skeptischer, zuzeiten offen antagonistischer Distanz zur Parteimacht.

b) Teil des Explanans ist, zum anderen, der Ausgang der ersten großen Konfrontation von „Macht“ und „Gegenmacht“ im „Gabelungsjahr“ 1953. Zwar beschädigte in der DDR der Aufstand des 17. Juni ernsthaft die Beziehungen zwischen den Arbeitern und „ihrer“ Partei. Der Schock von 1953 reduzierte dann allerdings, auf den ersten Blick paradox, die Konfliktbereitschaft auf beiden Seiten: „Werk tätige“ wie Funktionäre hüteten sich, noch einmal die Demarkationslinie zu überschreiten, jenseits derer die Partei die „Macht der Arbeiterklasse“ durch die Gewehrläufe verteidigen würde.

Auch das tschechoslowakische Parteiregime ging 1953 durch eine Krise. Hier wurde die Unruhe allerdings unterhalb der militärischen Interventionsschwelle durch materielle Ausreichungen pazifiziert. Weil die in der DDR erteilte und gelernte traumatische Lektion, die drastisch und relativ zeitig die beengten Spielräume des Wandels verdeutlichte, nicht gelernt wurde, mündete der tschechoslowakische Pfad in eine prekäre Balance zwischen den Herrschaftsunterworfenen und „ihrer“ Partei. Die Autonomie der tschechoslowakischen Gesellschaft unterschied sich markant von der gelenkten und parteigegängelten „sozialistischen Demokratie“ ostdeutscher Provenienz; sie öffnete den Korridor zur „Beinahe-Konterrevolution“ des Prager Frühlings.

Resümee und Ausblick

1. Entwicklungspfade des Typs DDR/ČSSR (Typ I) sind durch eine Abfolge von drei Abschnitten charakterisiert: Sie bewegen sich vom „Aufbau des Sozialismus“ über eine relativ lange, deutlich markierte Reformperiode in das Finalstadium der Normalisierung bzw. des Realsozialismus; die Ultrastabilität der Strukturen gefolgt von finaler Implosion. Auf Trajektorien des Typs Ungarn und Polen (Typ II) hingegen führt der Weg vom „Aufbau des Sozialismus“ über eine Mehrzahl – im einzelnen unterschiedlich gelagerter Reformversuche – in ein Endstadium der „Erosion“. Zwei Hauptunterschiede zu Typ I sind charakteristisch: a) der allmähliche, zumindest partielle Rückzug des Parteistaates aus Wirtschaft und Gesellschaft in der

¹⁴ Aus Peter Heumos' zahlreichen einschlägigen Arbeiten exemplarisch: Aspekte des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre. In: *Bohemia* 42 (2001) H. 2, 323-362.

Endphase; „befreite Zonen“ werden erkämpft oder entstehen dort, wo das Regime mehr oder weniger freiwillig Terrain aufgibt. Anders als in Normalisierungsregimen existieren nicht nur Nischen oder Höhlungen des Unpolitisch-Privaten; in der Spätphase entstehen bereits im öffentlichen Raum erste Elemente von Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft. b) Im Unterschied zu Typ I sind die Phasenwechsel nicht abrupt; der graduelle Rückzug der Parteimacht ermöglicht einen gleitenden Übergang von der systemimmanenten Reform in die finale Systemtransformation.¹⁵

2. Auch auf Entwicklungspfaden vom Typ II wird durch Sozial- und Konsumpolitik stabilisiert; für den Kádárismus etwa gilt dies bereits in der Folge von „1956“. Zu Beginn der 1970er Jahre formulieren unter dem Banner des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihrer Effektivierung der XXIV. Parteitag der KPdSU und bald darauf die Mehrzahl der kommunistischen Parteien umfangreiche und ambitionierte sozialpolitische „Hauptaufgaben“. ¹⁶ Die Konsumstrategie ist in diesen Fällen allerdings in andere institutionelle Kontexte bzw. Pfadverläufe eingebaut; die normalisierungstypische Konfiguration von Reformabbruch gefolgt von politischer und ökonomischer Rezentralisierung und Konsum begegnet einem nur in der DDR bzw. der ČSSR.

3. Auch Pfade von Typ II dürften – dies sei als Hypothese angedeutet – aus der systemischen Ablauflogik des Staatssozialismus in Kombination mit kontingenten Akteurskonstellationen zu erklären sein: Eine Vielzahl dem industriellen Staatssozialismus fernstehender bzw. diesem widerstrebender Kräfte macht, aufs Ganze gesehen, die Drift der – zu Beginn der sozialistischen Ära – noch agrarischen bzw. semiindustrialisierten Länder von Typ II in die Erosion und den Rückzug des Partei-staats plausibel; auf der gegebenen sozialökonomischen Grundlage misslang in den 1970er und 1980er Jahren die DDR- bzw. ČSSR-typische „Rückholung“ von Reformen durch die Kombination von Konsumpolitik und „weicher“ Repression – bzw. wurde sie überhaupt nicht versucht.

4. Mit dem Blick über die Normalisierungsregime hinaus auf andere Typen sozialistischer Entwicklungspfade zeichnen sich die Konturen eines umfassenderen Forschungsprogramms im Schnittpunkt von politischer Ökonomie, Gesellschaft und Kultur ab. Für dieses gilt: Die Machtgeschichte staatssozialistischer Systeme ist ohne ihre Gesellschafts- oder Gegenmachtgeschichte, insbesondere die Geschichte ihrer zentralen Klasse, der Arbeiterschaft, nicht zu schreiben – und umgekehrt: die Evolution staatssozialistischer Systeme entlang von Pfaden ist nämlich auch die Lerngeschichte des Umgangs von Herrschaft mit Gesellschaft und vice versa.

¹⁵ Diese Taxonomie ist aus lediglich vier Fallstudien abgezogen; sie erschöpft keineswegs den Raum denkbarer Möglichkeiten. Die Beschreibung der Pfadverläufe versteht sich als rein empirisch, d. h. sie ist weder normativ gemeint, noch enthält sie irgendwelche implizite Teleologiebehauptungen.

¹⁶ Wegweisend hierzu Hübner, Peter/Danyel, Jürgen: Soziale Argumente im politischen Machtkampf: Prag, Warschau, Berlin 1968-1971. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002) 804-832.